

beiden deutschen Staaten sowie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin und durch die Bildung gemeinsamer Kommissionen der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik und Westberlins schrittweise die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Staaten zu entwickeln und eine deutsche Konföderation vorzubereiten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schätzt die konstruktive Friedenspolitik der Volksrepublik Polen, ihren Beitrag im Kampf gegen die Politik des westdeutschen Militarismus und Revanchismus und ihre Anstrengungen für die Festigung des Friedens in Europa hoch ein. Sie unterstützt die von der Volksrepublik Polen im Forum der Organisation der Vereinten Nationen und im 18-Staaten-Abrüstungsausschuß unternommenen Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, günstigere Bedingungen für die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Erzielung von Vereinbarungen über entsprechende Teilmaßnahmen zu schaffen.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Organisation der Vereinten Nationen im Kampf um die internationale Entspannung eine wichtige Rolle zu spielen hat. Eine unbedingt notwendige Voraussetzung für ihre erfolgreiche Tätigkeit ist die Verwirklichung des Prinzips der Universalität. Die Volksrepublik China muß wieder in ihre Rechte in der Organisation der Vereinten Nationen eingesetzt werden. Die beiden deutschen Staaten müssen in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen werden.

Beide Seiten drücken ihre Befriedigung über die ständige Entwicklung und Festigung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aus. Sie sind mit den Völkern dieser Länder, die für ihre nationale Befreiung, für die völlige Beseitigung jeglicher Überbleibsel der kolonialen Unterdrückung und gegen die Politik des Neokolonialismus kämpfen, solidarisch verbunden. Unsere beiden Staaten werden auch weiterhin keine Anstrengungen scheuen, um entsprechend ihren Möglichkeiten den befreiten Ländern bei der Entwicklung einer unabhängigen Wirtschaft und der Festigung ihrer politischen Unabhängigkeit zu helfen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen verurteilen den brutalen Terror, der von Portugal in den von ihm noch beherrschten Kolonien ausgeübt wird; sie fordern die unverzügliche Herstellung der Unabhängigkeit der Völker dieser Gebiete. Beide Seiten brandmarken auch die in der Republik Südafrika praktizierte Politik des Rassenterrors.

Beide Seiten sprechen sich für die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern der Welt auf der Grundlage des Prinzips der